

## **15. Jahresberichte und Nachweis der Einhaltung der negativen Zweckbindung der Kirchensteuern der juristischen Personen 2021 der Evangelisch-reformierten Landeskirche, der Römisch-katholischen Körperschaft und der Christkatholischen Kirchgemeinde sowie über die Kenntnisnahme der Jahresberichte 2021 der Israelitischen Cultusgemeinde und der Jüdischen Liberalen Gemeinde**

Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 27. Oktober 2022

Vorlage 5861a

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Ich begrüsse zu diesem Geschäft ganz herzlich den Kirchenratspräsidenten der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich, Michel Müller, die Synodalpräsidentin der Römisch-katholischen Körperschaft, Franziska Driessen-Reding, den Präsidenten der Christkatholischen Kirchgemeinde Zürich, René Fraefel, den Vizepräsidenten der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich (ICZ), Martin Rosenfeld, und den Co-Präsidenten der Jüdischen Liberalen Gemeinde (JLG), David Feder.

Eintreten auf die Vorlage ist obligatorisch. Ich schlage Ihnen vor, über die Ziffern römisch I bis VI gemeinsam abzustimmen. Nun kurz zum Behandlungsablauf, wie ihn die Geschäftsleitung für die Geschäftsberichte festgelegt hat: Die Eröffnung macht die Referentin der Geschäftsprüfungskommission (GPK), Edith Häusler, Kilchberg. Sie hat während zehn Minuten das Wort. Danach folgen die Präsidentinnen und Präsidenten der jeweiligen Religionsgemeinschaften und die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher mit jeweils zehn Minuten Redezeit, danach die Mitglieder des Rates mit fünf Minuten. Danach schliessen die Vertretungen der Religionsgemeinschaften und die Referentin der GPK mit einer Replik die Debatte ab. Am Schluss stimmen wir ab. Sie sind mit dem Vorgehen einverstanden.

*Edith Häusler (Grüne, Kilchberg), Referentin der Geschäftsprüfungskommission (GPK):* Auch dieses Jahr hat die Geschäftsprüfungskommission, vertreten durch Leandra Columberg und mich, im Rahmen der Prüfung der Jahresberichte Gespräche mit allen Vertretungen der anerkannten Religionsgemeinschaften geführt. Die vorliegende Berichterstattung konzentriert sich lediglich auf den Nachweis der gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Kirche sowie ausgewählte wichtige Ereignisse, welche das Geschäftsjahr 2021 betreffen. Wie die Jahre zuvor habe ich für meine Würdigung ein paar Beispiele aus den umfangreichen Berichten herausgepickt:

Alle anerkannten Religionsgemeinschaften mussten letztes Jahr wiederum aufgrund der anhaltenden Pandemie-Situation (*Corona-Pandemie*) verschiedenste Veranstaltungen absagen. Gleichzeitig aber konnten virtuelle und hybride Angebote weiter ausgebaut werden. Ein herausragendes Ereignis war Ende Mai 2021 die Durchführung der Langen Nacht der Kirchen, an der 130 Kirchgemeinden und

Pfarreien ihre Türen öffneten und die Vielfalt des kirchlichen Lebens in den Städten und Gemeinden einem breiten Publikum präsentieren konnten. Die Christkatholische Kirchgemeinde konnte im Berichtsjahr, leider ein Jahr später, als ursprünglich geplant, das Jubiläumswochenende zur 750 Jahr-Feier des Augustiner Klosters begehen. Für die Israelitische Cultusgemeinde bildete die Arbeit an der Breslauer Stiftung auch in diesem Berichtsjahr einen Schwerpunkt. Für die Jüdisch Liberale Gemeinde war die Brunnngass-Vortragsreihe, die in Zusammenarbeit mit dem Verein Brunnngasse organisiert wurde, ein besonderes kulturelles Projekt. Persönlich bin ich immer wieder aufs Neue beeindruckt von der Plattform Seelsorge.net, welche eine Vielzahl von Anfragen von Hilfesuchenden ehrenamtlich bewältigt. Die schnelle und diskrete Hilfeleistung zeigte auch letztes Jahr, wie einschneidend die Folgen seelischer Belastungen für die mentale und physische Gesundheit der Menschen sind. Durchschnittlich nahmen über 150 neue Userinnen und User pro Monat das vertrauensvolle, kompetente und kostenlose Angebot in Anspruch. Eine sehr erfolgreiche und äusserst beliebte Veranstaltung für die Deutsch lernenden Flüchtlinge ist der Mittagstisch der Christkatholischen Kirche: Zu lernen und gleichzeitig eine warme Mahlzeit zu erhalten, zog wieder viele an. Leider wurde dieses Angebot während der ersten Corona-Welle gestoppt. Unterdessen nehmen wieder zwischen 60 und 80 Flüchtlinge am niederschweligen Angebot teil, so auch immer mehr Menschen aus der Ukraine.

Während dreier Jahre haben die reformierte und die katholische Kirche das im Jahr 2019 ins Leben gerufene Projekt Fachstelle Frauenhandel, FIZ, finanziell unterstützt. Es ist ein wichtiger Bestandteil des Angebots für Betroffene von Menschenhandel bei der Fachstelle Frauenhandel und Frauen mit Migration. Rund 120 Personen, die nicht in der Schweiz, sondern im Ausland zum Beispiel auf ihrer Fluchtroute oder in einem anderen europäischen Land Opfer von Menschenhandel geworden sind, konnte die FIZ dank dem diesjährigen Projektbeitrag unterstützen. Die meisten von ihnen haben massive Ausbeutung erlebt und sind schwer traumatisiert. Aufgrund einer Lücke im schweizerischen Opferhilfegesetz sind sie momentan vom Zugang zur spezialisierten Beratung ausgeschlossen, erhalten aber dank dem Projekt die nötige Hilfe. Weil sich bis heute weder der Bund noch die Kantone über die Weiterführung dieses Projekts einigen konnten und eine eigens dafür gebildete Arbeitsgruppe nicht auf das Fachwissen von Fedpol (*Bundesamt für Polizei*) oder SEM (*Staatssekretariat für Migration*) zugreifen kann, steht das Projekt auf der Kippe. Was, wenn die Kirche nicht da wäre?

Die Leistungen der Religionsgemeinschaften decken alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens ab. Dazu gehören soziale Unterstützungsangebote genauso wie kulturelle Ereignisse, spirituelle, philosophische Gesprächsrunden oder praktische Hilfsangebote in Notlagen, die Pflege von Natur und Umwelt und vieles mehr. Alles in allem lässt sich sagen, dass die gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Kirchen und anerkannten Religionsgemeinschaften einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung und Stabilität des gesamten gesellschaftlichen Miteinanders leisten.

Mit dem Nachweis der negativen Zweckbindung zeigen die kirchlichen Körperschaften auf, dass ihre Einnahmen, abzüglich der Steuern der juristischen Personen und der Kostenbeiträge, den Aufwand für kultische Zwecke decken oder übersteigen. Bei den grossen Landeskirchen wurde einiges auch in ihren separaten finanziellen Berichten dargelegt. Dabei haben die Jahresberichte gemäss Paragraf 24 Absatz 1 der Verordnung Bezug auf die Tätigkeitsprogramme und deren Umsetzung zu nehmen. Die Finanzkontrolle des Kantons Zürich prüft, ob die Jahresrechnungen den massgeblichen Rechtsgrundlagen entsprechen und der Nachweis der Einhaltung der negativen Zweckbindung erbracht wurde. Die Evangelisch-reformierte Landeskirche und die Römisch-katholische Körperschaft haben diesen Nachweis für die Jahresrechnung 2021 erbracht und weisen diesen in ihrer Jahresrechnung separat aus.

Zum Schluss möchte ich noch erwähnen, dass alle anerkannten Religionsgemeinschaften auch bei den diesjährigen Gesprächen den konstruktiven Dialog mit dem Regierungsrat, dort vor allem mit der Regierungsrätin Jacqueline Fehr, Direktion der Justiz und des Innern, als positiv und wertschätzend wahrgenommen haben. Und auch von mir wiederum ein herzliches Dankeschön. Ich möchte mich im Namen der GPK bei den hier anwesenden Vertreterinnen und Vertretern sowie den übrigen Mitarbeitenden der kantonalen kirchlichen Körperschaften und der anerkannten jüdischen Gemeinden ganz herzlich für den offenen, spannenden und informativen Austausch bedanken. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt Ihnen einstimmig die Zustimmung zur Kenntnisnahme der Jahresberichte 2021, der Jahresrechnung 2021 der fünf anerkannten Religionsgemeinschaften. Besten Dank.

*Michel Müller, Präsident der Evangelisch-reformierten Landeskirche:* Ich spreche im Namen der fünf Religionsgemeinschaften. Sie hören nicht fünfmal zehn Minuten, sondern einmal 50. Nein, das auch nicht, sondern ich werde jetzt einfach im Namen aller fünf sprechen. Wenn Sie dann präzise Fragen an eine der fünf haben, werden wir dann vielleicht bei der Replik noch darauf einzeln zurückkommen.

Ich freue mich, dass wir hier eine ernste Debatte haben, so wie es die Ratspräsidentin gesagt hat: Jetzt wird es ernst. Das klingt etwas dramatisch, aber wenn Sie sich nun heute und morgen um 175 Jahre zurückversetzen, so erleben Sie die letzten beiden Tage des letzten Krieges in der Schweiz, des Sonderbundkrieges. Am 30. November 1847 hat das Wallis für den Sonderbund kapituliert, und seitdem haben wir Frieden in der Schweiz. Mit dem Sonderbundkrieg hat eine Entwicklung aufgehört, die 1531 mit dem Kappeler Krieg begonnen hat, als Zürich die katholische Innerschweiz – ein bisschen ein anachronistischer Begriff –, die Altgläubigen der Innerschweiz angriff und den Krieg verlor. Und seitdem herrschte über Jahrhunderte ein konfessionelles Gleichgewicht, eine Balance, aber auch eine grosse Spannung in der Eidgenossenschaft. Es gab reformierte Schweizer Bürger, es gab katholische Schweizer Bürger, teilweise getrennte Tagsatzungen und getrennte Landsgemeinden in einzelnen Kantonen. Und erst mit der Verfas-

sung, auf die heute auch das neue Ratsmitglied (*Mario Senn*) das Gelübde abgelegt hat, mit der Verfassung von 1848 gab es dann die Niederlassungsfreiheit für alle christlichen Schweizer Bürger. Also man unterschied nicht mehr in «reformiert» und «katholisch» mit der Bundesverfassung 1848, sondern nur noch in Christen und andere. Erst 1866 bekamen dann auch die jüdischen Schweizer Bürger die Niederlassungsfreiheit. Wenn wir also hier heute so zusammensitzen als Christen und Juden und viele Konfessionslose und Andersgläubige, so hat das also eine längere, spannungsreiche und auch kriegerische Vorgeschichte in der Schweiz, in der Eidgenossenschaft.

Heute aber reden wir miteinander über Tätigkeitsprogramme und über Rechenschaftsablage, und das ist doch ein riesengrosser Fortschritt, auch, dass wir uns als Religionsgemeinschaften natürlich und selbstverständlich an die Verfassung der Eidgenossenschaft und des Zürcher Staates halten, obwohl der Staat dann schon 1531 aufgerufen hat, dass das Pfaffengeschrei aufhören müsse, die Pfaffen sich nicht immer in die Politik einmischen sollen, weil sie natürlich zum Krieg aufgerufen haben. Und dann 1847/1848 wurden die Jesuiten und die Klöster verboten, weil man die Jesuiten für den Krieg verantwortlich machte. Sie sehen also, dass der Staat durchaus in die Autonomie der Kirchen eingriff, wenn die Kirchen etwa zu Gewalt aufgerufen hatten, und das zu Recht. Das gilt, denke ich, bis heute. Es ist aber doch ein Unterschied, ob Kirchen für Gewalt oder Frieden, ob sie sich für die Unterdrückung oder für den Schutz von Minderheiten einsetzen. Es ist deshalb nicht einfach pauschal so, dass Kirchen sich aus der Politik raushalten wollen und sollen, sondern insbesondere dort, wo Menschen keine Stimme haben, für diese eintreten; das Beispiel, das die GPK-Delegationsvertreterin genannt hat, beim Opferschutz, wo wir stellvertretend für den Staat auch eintreten, weil es noch keine Regelung gibt –, sei hier auch genannt und betont. Also man muss da doch differenzieren, wenn wir an unsere kriegerische Vergangenheit denken.

Heute haben wir aber ein ausbalanciertes System. Wir haben eine negative Zweckbindung, die sicherstellt, dass der Staat auch den Kirchen und den Religionsgemeinschaften nicht dreinredet bei der Gestaltung ihrer Programme, weil wir uns von unserem eigenen Wesen her mehr auch als autonome Körperschaften verstehen. Dieses System ist bewährt. Und wenn wir, wie das Regierungsrätin Jacqueline Fehr schon angekündigt hat, nun miteinander sprechen, wie wir das noch präziser angehen können, so ist das sicher in unser aller Interesse. In dem Sinn danken wir auch für das genaue Anschauen der GPK.

Und doch muss hier auch gesagt werden, dass die Kirchen gegenüber dem Staat eine gewisse Zurückhaltung an den Tag legen müssen. Insbesondere, wenn sie den Staat dafür benutzen wollen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen, dann kann es das eben nicht sein, dann braucht es diese Entflechtung, diese Trennung von Kirche und Staat. Aber so kann es umgekehrt auch nicht sein, dass der Staat die Kirchen für die Ausübung seiner Tätigkeiten einsetzt, die er selber nicht machen will oder kann oder nicht genügend kann und so weiter, sondern es ist hier eine Autonomie auch der Kirchen gemeint. Ich möchte das an zwei Beispielen zeigen: Wenn wir etwa von der Seelsorge sprechen, die ja allgemein immer eine grosse Wertschätzung erhält, so sei doch darauf hingewiesen, dass gerade der

Charakter der Seelsorge darin besteht, dass sie nicht einfach effizient und auch nicht unbedingt immer effektiv ist. Genau das ist oft nicht messbar, weil wir nicht auf die Uhr schauen, wenn wir mit Menschen sprechen, und weil wir auch den Menschen offenlassen, wie sie die Wirksamkeit einschätzen, wie sie das beurteilen und das nicht überprüfen oder kontrollieren können und auch nicht wollen, auch nur schon wegen des Geheimnisses, das bei der Seelsorge auch besteht. Also da braucht es gerade einen Freiraum für nicht effektives oder jedenfalls nicht messbares Handeln, beispielsweise in den Institutionen, wo die Kirchen und Religionsgemeinschaften stark präsent sind. Oder ein anderes Beispiel, das kürzlich in den Medien war: Wenn Sie an die Räume denken, bei denen man den Kirchen manchmal auch sagt, sie müssten diese effizienter bewirtschaften, so ist das natürlich zum einen richtig. Denn es kostet uns auch, die Kosten müssen auch eingebracht werden. Aber zum anderen ist es auch eine Chance, dass Kirchen und Religionsgemeinschaften freie Räume haben, Freiräume bieten können. Dafür haben wir gerade in den letzten Wochen und Monaten beispielsweise mit der Sicherheitsdirektion sehr eng zusammengearbeitet, wenn es darum ging, Plätze für Flüchtlinge aus der Ukraine zu finden. Also da sind Freiräume, wo es nicht nur effizient und effektiv zugeht, manchmal auch sehr wertvoll, gerade auch für die Gesellschaft und den Staat.

In dem Sinne danken wir für die konstruktive Zusammenarbeit. Wir haben eine Geschichte, wir haben eine Zukunft. Die Religionslandschaft verändert sich fortwährend. Natürlich nehmen die Mitglieder der grossen Kirchen ab, aber die Vielfalt der Mitglieder in vielen Religionsgemeinschaften nimmt zu. In den letzten 50 Jahren haben sich beispielsweise die Einträge beim Führer über Sekten und Sondergruppen vervierfacht, von 250 auf 1000 im Kanton Zürich und in der Schweiz. Also die Vielfalt nimmt zu. Wir haben natürlich grosse Gruppen, die auch anerkannt oder deren Wirksamkeit auch wahrgenommen werden soll und muss. Auch dafür bieten die Religionsgemeinschaften Hand, das Gemeinsame weiterzuentwickeln – im Sinne einer konstruktiven Haltung gegenüber dem Kanton und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, der Einwohnerinnen und Einwohner dieses Kantons. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

*Hans Egli (EDU, Steinmaur):* Stellen Sie sich einen Fussballklub vor, der sich vor allem um viel anderes, aber nicht mehr ums Fussballspielen kümmert. Die Mitglieder werden grossmehrheitlich austreten. Der Schweizerische Nationalfonds (*Forschungsförderungsfonds*) hat die Schweizer Glaubensgemeinschaften unter die Lupe genommen. In den Freikirchen versammeln sich jedes Wochenende doppelt so viele Gottesdienstbesucher wie in der reformierten Kirche und nur ein Viertel weniger als in den katholischen Kirchen. Ich nehme mal an, sehr geehrte Vertreter der staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften, dass Sie diese Zahlen kennen und sich dazu auch Ihre Gedanken gemacht haben. Wenn Sie sich diese Gedanken gemacht haben, würde es mich interessieren, was Sie zu dieser Statistik zu sagen haben. Hoffentlich haben Sie sich auch überlegt, was das Erfolgsrezept der Freikirchen ist: Es ist die Verkündigung des Wort Gottes – ohne an den Zeitgeist angepasste Kompromisse. Da passt eine reformierte Gender-

Konferenz als LGBTQ-Kirche (*Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer*), die kürzlich in Bern stattfand, nicht zur biblischen Verkündigung. Die Vielfalt der Geschlechtsidentitäten theologisch und spirituell aufzunehmen, hat nichts mit dem biblischen Auftrag zu tun. Denn die Bibel sagt, dass Gott Mann und Frau erschaffen hat. Aber ich kann Ihnen versichern, durch die Anpassung an den Zeitgeist mit all ihren Auswüchsen wird die Kirche nicht wachsen, sondern schrumpfen. Wenn die Kirche das eigene Fundament verleugnet und negiert, wird sie nicht mehr relevant sein. Oder ein anderes Beispiel: Wenn Herr Müller in «reformiert.» (*Mitgliederzeitung der Evangelisch-reformierten Landeskirche*) schreibt, ich zitiere, dass Jesus den Menschen ihre Behinderung weggenommen hat, sie wieder normal gemacht habe, sei ein Missverständnis, es sei kein Wunder, dann muss ich sagen, muss ich feststellen, dass mich das enttäuscht. Und wenn die Vertreter der Kirche nicht mehr an die Bibel als das eingegebene Wort Gottes glauben, dann muss niemand mehr in die Kirche gehen. Ich erwarte von der Kirche, dass sie aufsteht und sich für die biblische Verkündigung wehrt, sonst muss niemand mehr in die Kirche gehen. Wenn die Kirche nicht mehr hinsteht, wenn Personen, die die Bibel zitieren, verurteilt werden, bedeutet das, dass das Wort Gottes nicht mehr viel zählt und darum längst nicht mehr alles, was in der Bibel steht, noch gesagt werden darf. Hier erwarte ich von der Kirche, dass sie aufsteht und sich wehrt für dieses Rederecht. Der Konstrukteur des Lebens hat uns mit der Bibel eine Gebrauchsanweisung gegeben, die uns sagt, wie wir mit dem Leben, dem Geld, Vater und Mutter, den Kindern und unserem Körper und so weiter umgehen sollen. Nach Umfragen gehen junge Leute davon aus, dass die Zukunft schlecht ist. Die Hoffnungslosigkeit ist so verbreitet, dass viele Leute keine Kinder mehr wollen. Die Hoffnungslosigkeit ist so gross, dass die Jugendpsychiatrien überfüllt sind; auch das ein Zeichen, dass eine Botschaft der Hoffnung viel zu selten verkündet wird. Verbundenheit, Schönheit, Sinnorientierung hat mit Gott, unserem Schöpfer, zu tun. Diese Hoffnung, die uns die Bibel bis ins Detail gibt, bewirkt stabile Beziehungen, Gesundheit und Lebensfreude. Den lebensnahen Verkündigungsauftrag muss die Kirche wieder vermehrt übernehmen. Die positive Botschaft der Bibel muss verkündigt werden. Und zum Schluss war in «reformiert.» zu lesen, dass im Jahr 2021 gesamtschweizerisch 34'182 Katholiken und 28'540 Reformierte aus der Kirche ausgetreten sind. Und als Grund war zu lesen, ich zitiere, keinen Glauben zu haben. Der Grund, dass die Leute ausgetreten sind: Sie haben keinen Glauben. Geschätzte Vertreter der staatlichen anerkannten Religionsgemeinschaften, Sie wissen es selber: Wenn kein Glaube mehr gepredigt wird, dann werden die Leute schlussendlich auch keinen Glauben mehr haben und sie werden alle oder grossmehrheitlich der Kirche den Rücken zukehren. Ich wünsche mir eine Zukunft der Kirche, das hat auch Herr Müller vorhin gesagt. Und ich bin überzeugt, die Kirche hat eine Zukunft. Aber ich bin auch überzeugt, dass die Zukunft nur gegeben ist, wenn die Bibel die Grundlage der Verkündigung und das Fundament der Kirche ist und bleibt. Danke vielmals.

*Leandra Columberg (SP, Dübendorf)*: Nun zum vierten Mal in dieser Legislatur durfte ich mit Edith Häusler die anerkannten Religionsgemeinschaften zu einem

Referentinnen-Gespräch treffen, und wie jedes Jahr möchte ich festhalten, dass diese Besuche stets sehr interessant waren und wertvolle Einblicke in die zahlreichen Tätigkeiten der jeweiligen Gemeinschaften gewährten. Die Debatte zu diesem Geschäft im Rat hingegen driftet Jahr für Jahr öfters mal in irgendwelche Grundsatzdebatten oder Kritik an den Religionsgemeinschaften, den Finanzierungsstrukturen oder aber in allgemeine Ausführungen über Gott und die Welt ab. An dieser Stelle muss ich wirklich auch nochmals auf das Votum meines Vorredners Hans Egli eingehen. Ich sehe wirklich nicht, wie diese reaktionären Ausführungen über irgendwie ein Weltbild und die Vorstellung davon, wie die Kirche aussehen sollte, die so menschen- und frauenverachtend sind, entfernt irgendetwas mit den Jahresberichten der Religionsgemeinschaften zu tun haben sollten. Und ich bitte auch die SVP-Fraktion und einfach generell, solche Voten zu unterlassen. Eine solche Werthaltung hat hier nichts zu suchen – grundsätzlich nicht und schon gar nicht geht es, dass dieses Geschäft als Plattform missbraucht wird, um das hier zu verbreiten. Um es also nochmals festzuhalten: Bei diesem Geschäft geht es primär um die Kenntnisnahme und auch die Würdigung der Jahresberichte und Tätigkeiten der anerkannten Religionsgemeinschaften.

Die Erträge aus den Kirchensteuern juristischer Personen sollen, wie wir wissen, nicht für kultische Zwecke verwendet, sondern zur Erfüllung von gesamtgesellschaftlich relevanten Aufgaben kultureller oder sozialer Natur eingesetzt werden. Und dieser Nachweis, wir haben es gehört, wurde auch dieses Jahr wieder von der Finanzkontrolle bestätigt. Darauf und natürlich auch auf eine grobe Begleitung der Tätigkeiten und der Jahresberichte der anerkannten Religionsgemeinschaften beschränken sich die Aufsicht und die Aufgaben der GPK.

Im Referentinnen-Gespräch bekommen wir einen Einblick in diese Tätigkeiten der Religionsgemeinschaften. Ich gehe jetzt auch nicht mehr im Detail auf diese einzelnen Leistungen ein, meine Kollegin Edith Häusler hat in ihrem Votum schon einige Beispiele erwähnt und auf diese gesamtgesellschaftlich wertvollen Leistungen aufmerksam gemacht.

Im Berichtsjahr 2021 waren ja die Religionsgemeinschaften, wie wir alle, bis etwa im Herbst noch mit einigen pandemiebedingten Einschränkungen konfrontiert und mussten ihre Veranstaltungen entsprechend anpassen. Auch letztes Jahr gab es also noch Anlässe mit Platzbeschränkungen, Verschiebungen, manchmal auch Absagen von Veranstaltungen. Es ist aber trotzdem sehr erfreulich, dass gerade das Angebot an hybriden Veranstaltungen ausgebaut werden konnte und insbesondere für die sozialen Aufgaben wirklich stets Lösungen gefunden wurden.

Und wie gesagt, die verschiedenen Highlights und Leistungen der Kirchen wurden teilweise schon erwähnt. Ich kann Ihnen auch sehr die Lektüre der jeweiligen Jahresberichte der Religionsgemeinschaften empfehlen. Da können Sie wirklich auch ein bisschen Einblick in diese verschiedensten Aufgaben von sozialer und gesamtgesellschaftlich grosser Bedeutung gewinnen, die die Religionsgemeinschaften seit Jahren übernehmen.

Ich möchte etwas noch besonders hervorheben, und zwar das Engagement der Religionsgemeinschaften im Umgang mit den Geflüchteten aus der Ukraine. Für

den Staat auch hier bei uns im Kanton Zürich war es ja durchaus eine Herausforderung, in kurzer Zeit Lösungen und Hilfsstrukturen für die schnell eintreffenden Geflüchteten zu organisieren. Und hier leisteten die Religionsgemeinschaften einen bedeutenden Beitrag. Sie unterstützten tatkräftig beim Finden von dringend benötigtem Wohnraum und Unterkünften, teilweise sogar mit der direkten Vermittlung und Bereitstellung davon. Aber auch der soziale Zusammenhalt und die Unterstützung der Geflüchteten im Zurechtfinden mit den behördlichen Strukturen und Vorgaben bedeutet eine Entlastung für den Staat. Dieses Beispiel wie auch die verschiedenen Beispiele meiner Kollegin Edith Häusler zeigen, dass das Engagement der Religionsgemeinschaften eben oftmals dort greift, wo die staatlichen Strukturen nicht genügen oder manchmal sogar versagen. Und wenn der Staat sämtliche soziale Aufgaben, welche die Religionsgemeinschaften heute leisten, übernehmen würde, würde das entweder zu bedeutenden Mehrkosten oder aber zu Sozialabbau führen. Natürlich ist es gerade auch aus Sicht der SP eine wichtige und kritisch zu reflektierende Frage, inwiefern es denn sinnvoll ist, wenn soziale Aufgaben, die eigentlich staatlich wahrgenommen werden sollten, von Religionsgemeinschaften übernommen werden. Aus unserer Sicht sollten Religionsgemeinschaften im Idealfall helfen, Personen zu erreichen, zu vernetzen, und ihre Angebote sollten ergänzend, unterstützend und nicht tragend zu den bestehenden sozialen Strukturen wirken. Hier müssen wir aber auch ehrlich sein: Ohne einen deutlichen sozialstaatlichen Ausbau und hohe Investitionen könnte das zum heutigen Zeitpunkt schlicht nicht geleistet werden. Zudem gibt es sozial und kulturell wertvolle Tätigkeiten, die der Staat gar nicht auf diese Art und Weise erbringen könnte, wie es die Religionsgemeinschaften tun. Und wie gesagt, die Wirkung von gerade diesem Engagement lässt sich schlicht nicht wirklich in Zahlen messen.

Die SP-Fraktion empfiehlt die Jahresberichte der anerkannten Religionsgemeinschaften also wohlwollend zur Kenntnisnahme. Wir – und auch ich persönlich – bedanken uns ganz herzlich bei den Vertreterinnen und Vertretern sowie Mitarbeitenden der anerkannten Religionsgemeinschaften und danken wirklich herzlich für ihr wertvolles Engagement.

*Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon):* Ich danke der GPK-Referentin Edith Häusler für ihr Eintretensvotum und schliesse mich ihren Ausführungen und ihrem Dank an. Um die Diskussion im Rat möglichst kurz zu halten, werde ich nur ein Thema ansprechen. Ja, Sie ahnen es, mit immer grösserer Besorgnis nimmt auch die FDP die weiter fallenden Mitgliederzahlen zur Kenntnis. Diese sinken nun kontinuierlich seit Jahren. Am Beispiel meiner Wohngemeinde Zollikon belege ich Ihnen diesen Mitgliederschwund in der reformierten Kirche mit Zahlen, welche ich übrigens alle der offiziellen Webseite des Kantons entnommen habe: Hatte die reformierte Kirche in der Gemeinde Zollikon 2014 noch 4312 Mitglieder, waren es 2021 noch 3680; dies entspricht einem Minus von 623 Mitgliedern, also knapp 15 Prozent in den vergangenen sieben Jahren. Und wer nun denkt, die Bevölkerungszahl in Zollikon sei gesunken, der irrt natürlich. Im gleichen Zeitraum hat die Einwohnerzahl kontinuierlich zugenommen, und zwar um knapp 10

Prozent. Es ist mir auch klar, dass dieses Plus nicht nur aus reformierten Kirchgängern besteht, und doch zeigt die Zahl ein deutliches Ungleichgewicht. Der Mitgliederschwund in einer Gemeinde, die die tollsten und innovativsten Pfarrpersonen beschäftigt, ist bedauerlich und unverständlich. Und Zollikon ist kein Einzelfall. Alle 162 Gemeinden zeigen in den vergangenen sieben Jahren in der reformierten Kirche einen Abgang im Bereich von 10 bis 15 Prozent. Der katholischen Kirche geht es nur unwesentlich besser, hier konnte jedoch die Zuwanderung den Mitgliederrückgang etwas mindern. Die Kirchen reagieren mit viel zu viel Gelassenheit auf diesen Mitgliederschwund. Sie müssen endlich etwas dagegen unternehmen und nicht die Hände im Schoss falten. Die Austritte auf eine Optimierung der Steuersituation zu reduzieren, wie dies an dieser Stelle vor einem Jahr auch schon gesagt wurde, ist viel zu kurz gegriffen. Ebenso kann es nicht sein, dass, wie in den Medien kolportiert, die Zeit für Vereine und Verbindungen nicht ideal sei und man daran halt nichts ändern könne, was so klingt, als müsse man einfach auf bessere Zeiten warten und alles würde dann von selber wieder besser und mehr Mitglieder würden wieder erscheinen. Nein, die besseren Zeiten kommen nicht von allein. Es braucht Vertrauen in die Organisation, es braucht dringend die deutlich ersichtliche Unabhängigkeit gegenüber der Politik sowie Offenheit und Toleranz seitens der Kirchen.

Lassen Sie mich noch schnell ein Beispiel geben: Diversen Medienberichten zufolge sei das Immobilienmanagement der Kirchen nicht wirtschaftlich. Zudem seien diverse Bauten marode. Wir haben es eben von Herrn Müller auch gehört und auch eine vorgezogene Stellungnahme erhalten. Und doch frage ich mich: Sind solche Schlagzeilen vertrauensbildend? Man fragt sich, was die Kirchen mit ihren Geldern machen. Die Kontrolle über die Liegenschaften und deren Bewirtschaftung obliegt den Kirchen und nicht der GPK oder sonst jemandem, und das ist auch in Ordnung so. Aber es ist ein Zeichen, dass die Kirchen sehr wohl einen Hebel hätten, um in ihrer Mitgliedschaft Vertrauen zu bilden. Fazit: Wenn die Kirchen weiterhin vom Kanton im bisherigen Umfang Geld erhalten wollen, dann müssen sie jetzt reagieren, sonst wird in Zukunft eine Kürzung der Gelder ins Auge gefasst werden müssen.

Wir nehmen heute nicht nur Kenntnis von den Jahresberichten 2021, sondern auch von den Nachweisen der Einhaltung der negativen Zweckbindung der Kirchensteuern. Die FDP nimmt zur Kenntnis, dass diese negative Zweckbindung, obwohl schwierig zu kontrollieren, eingehalten wird. Meine Überlegungen dazu habe ich in meinem vorigen Votum (*bei Geschäft KR-Nr. 328/2022*) bereits zum Ausdruck gebracht. Die FDP beantragt die zustimmende Kenntnisnahme zu den Jahresberichten, den Jahresrechnungen und den Nachweisen der Einhaltung der negativen Zweckbindung 2021 und dankt allen Beteiligten sehr herzlich für ihr Engagement.

*Stefanie Huber (GLP, Dübendorf):* «Die aktuellen Geschehnisse in der Ukraine zeigen, wie wichtig es ist, möglichst rasch von ausländischen Energiequellen unabhängig zu werden, abgesehen von der Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen.» Dieses Zitat zum Anfang, ich komme darauf zurück.

Zu meiner Interessenbindung: Ich bin Umweltbeauftragte meiner Kirchgemeinde und arbeite als kirchliche Umweltberaterin von Kirchgemeinden. Ich verzichte auf eine Wiederholung der Eckwerte der GPK-Referentin. Ich möchte mich allerdings im Namen der GLP-Fraktion bei allen Beteiligten in der Kantonalkirche wie vor Ort in den Organisationen und Gemeinden für ihren Einsatz im letzten Jahr bedanken. Gerade in einer unsicheren Zeit mit all den Ängsten, was der Morgen bringen wird, kann die Seelsorge eine Stütze für die Bevölkerung sein. Wir bedanken uns auch für die konkreten Angebote für die Geflüchteten, die an vielen Orten Plattformen geschaffen haben oder Angebote auf die Beine gestellt haben. Ich möchte noch einen Hinweis auf das Votum von Hans Egli machen: Wir schliessen uns diesem gar nicht an, im Gegenteil, wir finden so etwas völlig verfehlt. Denn wir bedanken uns bei den Kirchen, die für eine moderne, liberale Gesellschaft eintreten und eine tolerante Auslegung der biblischen Texte vorleben. Denn genau das brauchen wir. Ich würde sogar noch einen Schritt weitergehen, denn Michel Müller hat die Verfassung und die Gesetze angesprochen, an die man sich halte. Gerade beim Thema Gleichberechtigung haben noch viele anerkannte Gemeinschaften Nachholbedarf oder auch bei der Akzeptanz von nicht ganz Mainstream-Denkenden, das noch mit auf den Weg.

Meinen Schwerpunkt möchte ich aber heute wie in den Vorjahren auf das Thema Umwelt und Klima legen. Ich habe mir die Mühe gemacht, alle Jahresberichte wieder mit den Stichworten Umwelt, Klima und Energie zu durchsuchen und ich möchte Sie gerne an meinen Ergebnissen teilhaben lassen. Bei der reformierten Kantonalkirche ist das Engagement zur Schöpfungsbewahrung unter «kreuz und quer» abgehandelt. Ist es da am richtigen Ort? Es gibt doch sogar ein Legislaturziel «Umweltbewusst handeln». Ich weiss aus beruflicher Tätigkeit, dass man sich in der reformierten Kantonalkirche für das Thema engagiert und die Kirchgemeinden aktiv dabei unterstützt. Das dürfte, finde ich, auch in der Kommunikation einen angemessenen Auftritt erhalten. Bei der katholischen Kantonalkirche gibt es ein Ressort «Soziales und Ökologie», dementsprechend gibt es auch eine Würdigung in diesem Kapitel. Konkret werden sogar PV-Anlagen (*Photovoltaik-Anlagen*) bei der Renovation von Liegenschaften genannt. Wir sind gespannt, was wir bei der katholischen Kirche im nächsten Jahr zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie lesen werden. Es wäre zu schade, wenn es ein Papiertiger würde. Bei der Christkatholischen Kirche findet sich das eingangs erwähnte Zitat zur Aktualität von CO<sub>2</sub>-Reduktion und Auslandsunabhängigkeit bei der Energie. Es ist die Einleitung zu einem als Null-Energie-Gebäude erstellten Neubau. Schade nur, dass das Thema sonst nicht erscheint. Das Zitat würde auf weiterführende Aktivitäten hindeuten. Bei der JLG wurden letztes Jahr von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mehr Umwelt- und Klimaschutz in den Aktivitäten der JLG gefordert. Leider ergab meine Suche diesmal überhaupt keine Treffer im Jahresbericht. Das Gleiche gilt für die ICZ. Das Klima und Gottes Schöpfung, wie sie unsere Kinder und Kindeskiner vorfinden werden, beschäftigt unsere Bevölkerung. Religiöse Gemeinschaften, gerade wenn sie mit der Bevölkerung und auch der Politik in Dialog stehen, müssten sich doch um diese Themen kümmern, zumal sich in den biblischen Texten durchaus ein Auftrag zur Schöpfungsbewahrung finden lässt,

so man es denn sehen will. Ich kann an dieser Stelle nicht mehr tun, als Ihnen meinen dringlichen Wunsch mit auf den Weg zu geben, das Thema intern aufzunehmen und es auch noch aussen zu kommunizieren. Das schliesst auch an das Votum meines Fraktionskollegen zum vorherigen Geschäft an. Wir erwarten, dass man das Beste aus diesen Berichten herausholt.

Schliessen möchte ich mit einer persönlichen Bemerkung: Franziska Driessen ist heute zum letzten Mal in ihrer Funktion als Synodalratspräsidentin anwesend. Sie stand für mich in diesen Jahren für eine moderne Kirche, eine Kirche, die christliche Werte im aktuellen Kontext lebt, die sich für heutige Menschen mit ihren Bedürfnissen einsetzt und sich auch nicht scheut, diese trotz Gegenwind hinauszutragen, sowohl innerhalb der Kirche als auch in die Schweiz hinaus. Danke, Franziska, für dein Engagement. Danke für deinen Mut, aber auch deinen Humor und deinen Charme, von denen deine Auftritte begleitet wurden. Der katholischen Kantonalkirche wünsche ich an dieser Stelle ebendiesen Mut, auch in den kommenden Jahren Mandatsträgerinnen und -träger als Gesichter zu wählen, die uns zeigen, dass eine glaubwürdige, zeitgemässe Kirche möglich ist. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

*Walter Meier (EVP, Uster):* Wie jedes Jahr im November steht auch in diesem Jahr der auf den ersten Blick etwas kompliziert formulierte Antrag respektive der Antrag mit dem wohl längsten Titel auf der Traktandenliste; ich verzichte auf das Verlesen. Vor allem die Formulierung «negative Zweckbindung» ist nicht für alle verständlich. Die Idee dahinter ist jedoch einfach: Die Kirchensteuern der juristischen Personen dürfen nicht für kultische Zwecke, also Gottesdienste und so weiter, eingesetzt werden. Die reformierte Kirche definiert das umgekehrt, was ebenso richtig ist: Die Steuererträge der natürlichen Personen müssen die kulturellen Aufwendungen decken. Wie im Antrag der GPK zu lesen ist, wird die negative Zweckbindung erfüllt.

Im Jahresbericht der reformierten Kirche Kanton Zürich werden verschiedene nicht deutschsprachige Kirchen vorgestellt, welche zur reformierten Kirche des Kantons Zürich gehören, zum Beispiel die Eglise réformée zurichoise de langue française oder die Chiesa evangelica di lingua italiana – es geht hier um die Waldenser. Die Römisch-katholische Kirche hat Arbeitszweige in verschiedenen Sprachen wie Italienisch, Französisch, Englisch und so weiter. Die Kirchen zeigen damit, dass sie wohl territorial organisiert sind, Kirche aber nicht an der Kantongrenze aufhört.

Wer im Kanton Zürich unterwegs ist, stellt fest, dass Menschen mit Zürcher Dialekt oft nicht in der Mehrheit und fremde Sprachen gar nicht so exotisch selten zu hören sind. Die Kirchen leisten mit ihren Angeboten einen wichtigen Beitrag, Menschen aus fremden Kulturen und mit fremder Muttersprache zu integrieren. Wir danken den Kirchen für ihren Einsatz und ihre Angebote für Nicht-Zürcher, die für kürzere oder längere Zeit in unserem Kanton verweilen. Wir wünschen den Kirchen im Kanton Zürich weiterhin viel Kreativität und einen langen Atem auf diesem Weg.

*Manuel Sahli (AL, Winterthur):* Auch die Fraktion der Alternativen Liste möchte sich hiermit dem mehrheitlichen Dank anschliessen, auch wenn ich persönlich – wie vermutlich ein Grossteil meiner Fraktion – mit dem kultischen Teil der Kirche nicht allzu viel anfangen kann beziehungsweise dieser mir zugegebenermassen trotz kirchlichem Hintergrund in einer Freikirche inzwischen sehr fern liegt, was aber hier nicht Thema ist und zu dem ich mich nicht weiter äussern will, auch nicht zu gewissen undefinierbaren offenbar religiösen Streitigkeiten oder Frust, der hier vorgetragen wird, oder einer offenbar vorliegenden Hoffnungslosigkeit, die vielleicht nicht einmal religiösen Natur ist. Man kann hier auch Gründe in den anderen politischen Themen suchen. Aber nun ja, ich will dieses abstruse Votum von vorhin nicht weiter betonen.

Religionsgemeinschaften, ob anerkannt oder auch nicht anerkannt – die darf man hier auch nicht vergessen –, erfüllen eine wichtige soziale Funktion in unserem Kanton beziehungsweise im allgemeinen Zusammenleben. Dies sieht man beispielsweise auch bei Benevol, falls Sie Benevol kennen. Benevol inseriert beispielsweise in den Zeitungen ab und zu Freiwilligenangebote beziehungsweise Benevol vermittelt schweizweit und auch im Kanton Zürich, in Winterthur und überall, Freiwilligenangebote. Wenn Sie diese Freiwilligenangebote anschauen, wo man sich so engagieren kann, dann wird Ihnen auffallen, dass vielerorts kirchliche beziehungsweise religiöse Träger hinter diesen Angeboten stecken. Die Angebote selbst sind aber nicht religiöser Natur, und um genau das geht es hier und genau aus diesem Grund können die anerkannten religiösen Gemeinschaften auch Steuern erheben hier im Kanton. Sie stehen damit aufseiten der Alleinstehenden, sozial Schwachen und auch der Geflüchteten und leisten hier einen wichtigen Beitrag, der für uns von unschätzbarem Wert ist. Wie gesagt, wir möchten uns hiermit nochmals bei allen Religionsgemeinschaften für ihren Einsatz bedanken. Besten Dank.

*Ratsvizepäsidentin Sylvie Matter:* Wir kommen nun zur offenen Runde, Redezeit fünf Minuten.

*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht):* Zuerst ein grosses Dankeschön an die anerkannten Religionsgemeinschaften für ihre karitative Arbeit. Das sollte mal gesagt werden, nachdem ich wahrscheinlich das letzte Mal hier in diesem Rate zu Ihnen als Mitglied des Kantonsrates spreche (*Heiterkeit, der Votant kandidiert für den Regierungsrat*). Dann auch ein grosses Dankeschön an die nicht anerkannten Religionsgemeinschaften in diesem Kanton, welche doch sehr gross sind in diesem Kanton. Ich denke an die muslimischen Religionsgemeinschaften, aber auch an die Freikirchen. Und auch sie tun Grosses und Gutes an karitativer Arbeit. Ich selber bin gläubiger Protestant, bin aus der protestantischen Landeskirche schon vor vielen Jahren ausgetreten, und ich denke, man muss sich vor dem Hintergrund der weiteren Mitgliederverluste der beiden grossen Landeskirchen schon fragen, ob die anwesenden Zeitungen und Zeitschriften nicht einmal eine Schlagzeile drucken dürften, welche lautet: «Entlassen die beiden grossen Staatskirchen ihre Gläubigen?» Ja, ich beziehe mich hier auf das berühmte Buch (*gemeint ist*

«Die Revolution entlässt ihre Kinder») vom Wolfgang Leonhard (*deutscher Publizist und Schriftsteller*). Ich mache keinen Vergleich zwischen der Kommunistischen Partei und Ihren Kirchen, aber manchmal habe ich doch das Gefühl, dass Sie etwas mehr Sensibilität an den Tag legen sollten, Herr Müller und Frau Driessen.

In diesem Zusammenhang beziehe ich mich auf einen offenen Brief an Klaus Stöhlker (*Klaus Jürgen Stöhlker, deutsch-schweizerischer PR-Berater und Publizist*), einmal Mitglied der katholischen Kirche, im «inside Paradeplatz» von Frau Driessen. Frau Driessen stellt fest, ich zitiere: «Die Rede von der Staatskirche ist billige Polemik und wird durch ständige Wiederholung nicht wahrer. Es gibt bei uns keine Staatskirche. Wir sind eine demokratisch organisierte, öffentlich anerkannte Körperschaft, welche die Kirchensteuern verwaltet und damit kirchliches Leben ermöglicht.» Ja, Frau Driessen, ich glaube, Sie machen sich damit zumindest zu wenig wichtig. Ja, es sind staatlich anerkannte Kirchen, so hat es zumindest der Sprecher der SVP genannt. Ich denke doch, es sind Staatskirchen. Denn wenn ich als Besitzer einer Firma in diesem Kanton Zwangsabgaben an Herrn Müller leisten muss, welcher dann hier Aussagen macht von kirchlichen Freiräumen, welche sich dann an und für sich direkt gegen einen grossen Teil der bürgerlichen Parteien hier im Kanton wenden, dann muss ich mir ein grosses Fragezeichen stellen. Aber das hat nichts zu tun mit dem – noch einmal –, was Ihre Kirchen karitativ tun, und das ist mir wichtig, dass das einmal hier gesagt wird. Auch an die muslimischen und auch an die Freikirchen ein grosses Dankeschön. Wir haben eine Krisenlage in Europa, welche wir bis anhin so nicht gesehen haben seit dem Zweiten Weltkrieg, und ich denke, es wird noch schlimmer und es braucht sie. Und deshalb, Herr Müller, schauen Sie doch bitte, und auch Frau Driessen, dass die beiden grossen Staatskirchen nicht weiter ihre Gläubigen entlassen, denn sie werden gebraucht. Und ich denke, eine intakte Kirche ist besser als eine Kirche, wo es viel Dissens gibt.

*Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen)*: Damit etwas nicht hier im Raum stehenbleibt, das missverständlich war in dieser Debatte: Hans Egli war Sprecher der EDU, für die SVP hat René Isler gesprochen, schon beim vorherigen Traktandum (*KR-Nr. 328/2028*). Dies nur, damit die Medien das dann bei ihren Berichten beachten.

Die SVP ist eine religiös neutrale Partei. Ich spreche persönlich und ich spreche deshalb, weil es mir wichtig ist – ich bin jetzt noch im Kantonsrat und möchte quasi noch einmal den Kirchen etwas mit auf den Weg geben, eine Predigt, das nächste Jahr kann ich das nicht mehr (*der Votant tritt bei den Gesamterneuerungswahlen nicht mehr an*).

Ich bin selbst Mitglied der reformierten Landeskirche. Ich habe es hier an dieser Stelle schon ein paarmal gesagt: Das «reformiert.», das Blatt des Pfarrvereins, ist ja sehr kirchennah. Das erhalte ich alle Zeiten, es ist politisch einfach nicht neutral. In diesem Blatt wird bei vielen Abstimmungen Werbung gemacht für eine Seite. Man hat das Gefühl, dass die eine politische Haltung moralisch besser sei als die andere, weil sie eben von diesem Pfarrverein vertreten wird, in dieses Blatt

kommt, und das ist ausgrenzend. Es geht nicht, dass die Kirche in einem kirchennahen Organ politische Haltungen vertritt. Ich empfinde das jedes Mal und jedes Mal bin ich knapp davor: Soll ich jetzt ein Zeichen setzen und aus dieser Kirche austreten, die eigentlich meine – ich bin in der SVP – politische Haltung oftmals nicht unterstützt, zum Beispiel in der Asylpolitik, wo sie eine Willkommenskultur propagiert, die dann wieder Leute zu uns hinlockt, die über das Mittelmeer fahren und ertrinken, und die so irgendwie auch mitverantwortlich ist für das Problem, das wir hier haben? Und das finde ich nicht in Ordnung, dass die Kirche so politisch auftritt. Das ist ausgrenzend gegenüber anderen politischen Haltungen, die man ebenso gut begründen könnte.

Das Zweite ist die Diskussion zwischen den Positiven und den Liberalen. In der Kirche sind mit «Positiven» eher die Fundamentalisten gemeint. Ich hatte tatsächlich ein Erlebnis, nämlich dass ein Gideon-Mitglied (*Internationale Vereinigung evangelikaler und freikirchlicher Christen*) Bibeln vor dem Schulhauseingang verteilte, aber auf öffentlichem Grund. Und dann hat dieser Mann gesagt, er hätte dazu die Unterstützung der Landeskirche. Darauf habe ich einen Brief oder eine E-Mail an Pfarrpersonen geschrieben, und die haben gesagt, jawohl, sie finden das super, dass Bibeln vor dem Schulhauseingang verteilt werden. Ich habe da ein grosses Fragezeichen: Wir geben uns Mühe, in der Schule religiös neutral zu sein, und dann verteilen die Brüder Gideon vor dem Schulhauseingang auf öffentlichem Grund die Bibel. Dann ist die Diskussion weitergegangen und der entsprechende positive Pfarrer sagte mir, es sei nötig, für eine Haltung auch intolerant zu sein. Wir kämen nicht darum herum, intolerant zu sein, also uns gegenüber anderen Haltungen abzugrenzen. Nun, wenn in der Kirche das Wort «Keiner kommt ins Himmelreich denn durch mich» bei der heutigen Durchmischung, bei der heutigen zum Teil auch Religionslosigkeit der Bevölkerung, bei dem heutigen Anteil von anderen Religionen wichtiger wird als Nächstenliebe und Toleranz, dann wirkt sie meiner Meinung nach auch irgendwo die Berechtigung für Staatsmittel. Dass sie Geld erhält durch unsere Steuern, das lässt sich nur mit Nächstenliebe, mit ihrem karitativen Auftrag und mit der Toleranz begründen. Und niemals darf die Kirche ausgrenzend sein. Deshalb habe ich persönlich einen ganz anderen Aufruf: Entwickeln Sie sich bitte nicht zu einer Freikirche! Herzlichen Dank.

*Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich):* Nur ganz kurz von unserer Seite noch: Wir danken Ihnen für Ihren geschätzten Einsatz in den auch für die Religionsgemeinschaften turbulenten Zeiten. Für eine progressive Ausrichtung der Landeskirchen ist es aus Sicht der Grünliberalen sehr wichtig, dass sie sich für Gleichberechtigung und Gleichstellung einsetzen, und zwar spezifisch für die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern. Generell muss gelten, dass Menschen in den Landeskirchen, ganz unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Ausrichtung und ihrem ehemaligen Zivilstand, gleichbehandelt und nicht diskriminiert werden. Das verlangen wir auch in allen anderen Aspekten der Gesellschaft und zur Gesellschaft gehören auch die Landeskirchen. Natürlich verdanken wir bisher geleisteten wertvollen Einsatz in diesem für die Kirchen und die ganze Gesellschaft

wichtigen Themengebiet und hoffen, dass dies auch von den zukünftigen Repräsentantinnen und Repräsentanten und Mandatsträgerinnen weitergelebt und getragen wird und dass die bestehenden kirchlichen Traditionen progressiv weitergedacht und in die Zukunft übersetzt werden: dies, damit die Kirchen nicht den Anschluss verlieren an eine progressive und sich wandelnde Gesellschaft, in der sie weiterhin einen wichtigen und vielseitigen Auftrag zu erfüllen haben. Vielen Dank.

*Leandra Columberg (SP, Dübendorf):* Nach einigen dieser Voten möchte ich trotzdem noch auf ein paar Punkte eingehen, zuerst aber noch an Matthias Hauser: Ich hoffe schwer, dass ich mich verfehlt habe, denn der Fakt, dass Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken, hat absolut gar nichts mit dem sozialen Engagement der Religionsgemeinschaften zu tun, sondern hängt mit der inhumanen und illegalen europäischen Migrationspolitik zusammen.

Ganz grundsätzlich: Bei diesen Voten haben wir jetzt mehrmals eine Kritik und eine grosse Sorge gehört über den Mitgliederschwund der Religionsgemeinschaften, insbesondere der reformierten Landeskirche und der katholischen Kirche. Diese Haltung kann man haben, das kann man kritisieren, was aber befremdlich ist: dass hier implizit damit gedroht und in Aussicht gestellt wird, dass die Staatsbeiträge gekürzt werden, wenn die Religionsgemeinschaften weiter Mitglieder verlieren oder aber sich inhaltlich nicht so ausrichten, wie sich das die SVP persönlich gerne wünscht. Wie gesagt, es ist befremdlich und unsinnig, diese angeordneten Geldkürzungen an die persönliche inhaltliche Kritik oder den Mitgliederschwund zu knüpfen, weil diese staatlichen Gelder ja eben nicht für Angebote primär für die Mitglieder sind, im Gegenteil: Es geht hier um nicht kultische Tätigkeiten, Aufgaben zur Erfüllung von gesamtgesellschaftlich relevanten Aufgaben kultureller oder sozialer Natur. Ich weiss nicht, wie oft das noch gesagt werden muss, damit es ankommt hier. Es sind soziale Aufgaben, die explizit allen Personen offenstehen, unabhängig von der Religion, vom Glauben, wo eben nicht Bekehrungen oder die Mitgliedergewinnung das Ziel sind. Wenn man also diese Gelder an die Religionsgemeinschaften kürzen will – das kann man machen –, dann muss man einfach konsequent sein. Man muss deutliche Mehrausgaben in diversen sozialstaatlichen Bereichen genehmigen, und da wiederum spüre ich herzlich wenig Bereitschaft von der bürgerlichen Seite. Das hinterlässt also einen faden Nachgeschmack. Entsprechend muss man einfach davon ausgehen, dass hier angebliche Säkularisierungsbestrebungen oder aber wiederum eine grosse persönliche Sorge um die genaue Anzahl der Mitglieder der Religionsgemeinschaften einfach als Vorwand benutzt werden, als Vorwand, um im Namen dieser Anliegen Sozialabbau anzustreben und Gelder zu kürzen. Ich wünsche mir also von Ihnen mehr Ehrlichkeit: Entweder sagen Sie «ja, wir wollen einfach grundsätzlich Gelder kürzen, das ist uns gerade genehm mit diesem Vorwand. Wir haben kein Problem mit Sozialabbau» oder aber Sie setzen sich ein für konkrete Finanzierungsmöglichkeiten, um diese sozialen Projekte und Leistungen, die die Religionsgemeinschaften heute übernehmen, die Sie mit den Kürzungen verunmöglichen, eben anders zu finanzieren. Besten Dank.

*Maria Rita Marty (SVP, Volketswil):* Ich möchte hier ganz klarstellen, dass Kantonsrat Hauser nicht für die SVP gesprochen hat, sondern es ist seine private Meinung. Die SVP ist in diesem Sinne religiös neutral, da sie weder katholisch, reformiert noch freikirchlich ist, sondern einfach christlich. SVP Schweiz, die Website, das möchte ich klar in Erinnerung rufen: Die Schweiz basiert auf einem christlich abendländischen Kultur- und Wertefundament. Es ist die Basis unserer Identität und unseres Zusammenlebens. Nicht ohne Grund trägt unser Land ein Kreuz im Wappen und unsere Landeshymne verweist auf Gott. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Bürgern die freie Wahl ihres Glaubens, solange dieser nicht im Widerspruch steht zu schweizerischen Rechtsordnung. Und in diesem Sinn wünsche ich auch, dass die hier anerkannten Kirchen sich daran halten, dass die Kirchen den christlichen Glauben verbreiten sollten und nicht irgendwelche linksextremen Ideologien. Danke.

*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal:* Ich repliziere noch auf meine Kollegin Leandra Columberg: Ja, liebe Frau Columberg, wir haben einen Kanton, der wächst. Wir haben eine Bevölkerung, die wächst. Alle zahlen Steuern. Die Firmen zahlen Zwangssteuern und die beiden grossen anerkannten Religionsgemeinschaften verlieren Mitglieder, während dem die nicht anerkannten Religionsgemeinschaften wahrscheinlich – ich nehme das an, auch aufgrund der Zahlen von Menschen, die hier eingebürgert werden – an Mitgliedern gewinnen. Wenn dem so ist in einer Demokratie, dann kann es doch nicht sein, dass man immer kleineren Gemeinschaften für ihre nicht kultische Tätigkeit – ich weiss das – gleich viel Geld bezahlt. Warum kann es das nicht sein? Weil es ja ganz logisch ist. Und da müssen wir nicht nach Israel schauen zu der ehemaligen Haganah (*zionistisch-paramilitärische Untergrundorganisation*) oder auch nach Palästina schauen zu Organisationen, welche sehr wohl karitativ gearbeitet, aber auch den Glauben und die Durchsetzung ihres Glaubens verkündet haben. Und das kann auch in den Bereichen getan werden, wo man karitativ arbeitet. Wir sehen auch bei den anerkannten Religionsgemeinschaften – ich nehme jetzt meine ehemalige, die evangelische –, dass es immer mehr bezahlte Mitarbeiter gibt. Es sind also immer weniger Menschen da, die bereit sind, in der Kirche mitzuarbeiten, und die nicht von der Kirche direkt Lohn erhalten. Ist ja logisch, es sind immer weniger Mitglieder da. Also ich denke, Frau Regierungsrätin (*Jacqueline Fehr*), wir müssen uns das überlegen. Wir müssen uns überlegen: Wie bauen wir oder wie stellen wir die karitative Arbeit der Religionsgemeinschaften in diesem Kanton Zürich neu auf – ich habe es schon vorher gesagt – vor dem Hintergrund der Krisenlage und der zu erwartenden grösseren Krisen und auch der grösseren Armut und des Elends, welches es auch in unserem Kanton leider zum Teil gibt? Und deshalb ein Appell – ich sage es jetzt – an uns alle: Lasst uns überlegen, wie man diese Beiträge an die Religionsgemeinschaften im Kanton Zürich aufstellen oder organisieren kann, damit es noch breiter zu denen kommt, die es brauchen.

*Michel Müller, Präsident der Evangelisch-reformierten Landeskirche:* Einfach noch ein paar Worte, weil Sie doch die Kirchen angesprochen und Fragen gestellt haben. Ich gehe jetzt extra auf diese Seite (*zum Mikrofon rechts*), damit ich nicht allzu links wirke (*Heiterkeit*), auch um eine gewisse Ausgewogenheit darzustellen. Aber ich danke natürlich im Namen der Kirchen und Religionsgemeinschaften für den vielfältigen Dank und für die lange und intensive Debatte. Ich danke insbesondere Herrn Amrein, dass er in seinem ersten Votum ein Zitat gebracht hat. Damit haben Sie nämlich die Möglichkeit, sich selber ein Urteil zu bilden, im Unterschied zu Herrn Egli, der einfach meine Aussagen verdreht hat, ohne sie zu zitieren. Also das ist doch ein Unterschied, in dem Sinn vielen Dank für diese Offenheit.

Dann danke ich natürlich auch Herrn Hauser für sein persönliches Votum zum letzten Mal. Das kann ich gut verstehen, dass Sie das doch noch einmal sagen wollen. Aber weil Sie ja weiter in der reformierten Kirche bleiben, können Sie sich da auch einbringen, gerade wenn Sie mit dem «reformiert.» nicht einverstanden sind. Denn «reformiert.» ist getragen von einer Kommission, die demokratisch zusammengesetzt ist, da kann man sich also engagieren.

Dann hat die FDP-Fraktion insbesondere den Mitgliederschwund angesprochen und den Umgang mit Liegenschaften. Der Mitgliederschwund ist nicht etwas, was wir gelassen nehmen, aber was wir in einem grösseren Zusammenhang sehen. Sehen Sie, seit 1964 – ich sage immer, seit meinem Geburtsjahr, ohne einen kausalen Zusammenhang herzustellen (*Heiterkeit*) – gehen die Mitgliederzahlen zurück, aber das hat natürlich auch demografische Gründe. Denn 1964 war der stärkste Jahrgang überhaupt und seitdem gehen die Zahlen generell zurück, haben wir also einen demografischen Rückgang. Im Laufe der Jahrzehnte hat sich dann aber auch der Rückgang durch Austritt natürlich beschleunigt, das ist richtig, aber es ist eine sehr lange Entwicklung seit den 60er-Jahren. Da muss man es schon – ich sage jetzt nicht, mit einer gewissen Gelassenheit –, aber in einem grösseren Zusammenhang sehen, da man nicht in einem Jahr das ganze Ruder einfach umdrehen kann, das ist eine längere Entwicklung. Und das Zweite ist natürlich auch die Niederlassungsfreiheit von 1848 und 1874. Diese hat dazu geführt, dass es zunächst eine grosse innerschweizerische Migration gab, dass sehr viele Katholiken in reformierte Gebiete eingewandert sind, weil es dort wirtschaftlich besser gelaufen ist als umgekehrt. Und das führt heute dazu, dass wir praktisch gleichauf sind, katholische und reformierte Gläubige im Kanton Zürich. Also eine grosse innerschweizerische Migration hat zu einer Verdünnung des reformierten Anteils geführt, und dann führt natürlich die ganze internationale Migration zu einer grösseren Vielfalt von Religionen, Religionsgemeinschaften. Also das sehen wir in diesem grösseren Zusammenhang, aber dass wir gelassen sind, stimmt so nicht. Wir haben auch den Kantonsrat bemüht und beispielsweise das Gesetz über das Meldewesen und Einwohnerregister geändert, damit wir künftig über eine kantonale Datenbank verfügen, damit wir mit den Mitgliedern einen besseren Kontakt haben können als bis anhin, als sozusagen der Wechsel von einer Kirchgemeinde in die andere ein Austritt und ein Wiedereintritt war. Wir sind also dran, auf allen Ebenen, gesetzlich und auch mit der Kommunikation. Das kann ich Ihnen schon

sagen, denn leicht fällt uns das Ganze auch nicht, wenn wir Ihnen ein schönes Programm präsentieren und merken, dass doch ein Teil der Menschen da dann einfach austritt. Wenn aber Menschen wegen fehlenden Glaubens austreten, so muss das auch respektiert werden. Es ist eigentlich auch ein Fortschritt, dass man aus einer Kirche austreten kann, ohne soziale oder andere Konsequenzen befürchten zu müssen. Das war eben vor 175 Jahren noch anders.

Ja und dann haben wir doch auch über 300 Kirchen und Synagogen in diesem Kanton. Das sind Liegenschaften, die Sie nicht einfach so kommerziell bewirtschaften können, für die wir aber sehr viel Unterstützung des Kantons bekommen – über juristische Kirchensteuern und eben Staatsbeiträge. Denken Sie sich mal, wenn das wegfällt, was der Kanton mit diesen 300 Liegenschaften, nur Kirchen und Synagogen, machen müsste. Da übernehmen wir also auch mit den Geldern von Mitgliedern eine grosse Verantwortung für die gesamte Gesellschaft, wenn Sie an all die denkmalgeschützten Kirchen, Synagogen und Pfarrhäuser denken. Zum Schluss also nochmals vielen Dank für die Debatte und ich danke insbesondere meiner Kollegin und meinen Kollegen der Religionsgemeinschaften, neu eben zum ersten Mal heute René Fraefel für die Christkatholiken. Wir haben uns schon an Urs Stolz gewöhnt, aber hoffentlich bleibst du eine gewisse Zeit. Und zum letzten Mal dabei Franziska Driessen-Reding, und auch dir vielen Dank und euch allen vielen Dank für die Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit mit Ihnen und mit Regierungsrätin Jacqueline Fehr von der Justiz- und – ich sage es jetzt – Religionsdirektion. Vielen Dank.

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Besten Dank, Herr Müller, auch der Kantonsrat leistet einen Beitrag. Wir ziehen in eine Kirche (*gemeint ist das Ratshaus-Provisorium in der Kirche Hard*) und versuchen sie sinnvoll zu nutzen ab nächstem Jahr.

*Edith Häusler (Grüne, Kilchberg), Referentin der GPK:* Mir bleibt jetzt noch eine Replik oder, besser gesagt, der Besenwagen nach diesen unendlichen Voten heute Morgen.

Wir sind Ihnen ja dankbar, wenn Sie sich zu den Jahresberichten äussern. Wir respektieren zum Beispiel die Religionszugehörigkeit von Hans Egli, aber wir sind hier nicht in einer Sonntagsschule. Es geht nur und lediglich um den Jahresbericht. Das gilt auch für Matthias Hauser. Er kann denken, was er will, aber ich wäre froh, wenn er die Jahresberichte gelesen hätte. Dann nämlich müsste nachher Michel Müller nicht quasi alles nochmals erzählen. Auch das: Lest die Jahresberichte, dann können wir nämlich das Verfahren hier auch ein bisschen beschleunigen. Und Rita Maria Marty, also ehrlich gesagt, von linksextremistischen Kirchen zu sprechen, das finde ich doch einen ziemlich starken Tubak. Das möchte ich auch eher hier nicht hören. Und noch einmal: Bitte konzentrieren Sie sich nächstes Jahr auf die Jahresberichte. Besten Dank.

*Detailberatung*

*Titel und Ingress*

I.–VI.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Wir stimmen über die Ziffern I bis VI gemeinsam ab.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 106 : 0 Stimmen (bei 5 Enthaltungen), der Vorlage 5861a zuzustimmen.**

Das Geschäft ist erledigt.

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Wir verabschieden uns von den Vertretern der anerkannten Religionsgemeinschaften und ganz speziell von Franziska Driessen, die, wie ich höre, das letzte Mal da ist. Es war eine sehr angenehme Zusammenarbeit. Vielen Dank für die grosse Arbeit, die geleistet wurde. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Tag.